

Antrag 26/I/2026**OV Glienicke/Nordbahn, OV Hohen Neuendorf, OV Mühlenbecker Land****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Ablehnung****Gründung einer landeseigenen Gesellschaft für Betrieb und Verwaltung von Altenpflegeheimen prüfen**

- 1 Der Landesparteitag fordert die SPD-Fraktion im
- 2 Landtag Brandenburg auf, zu beraten, inwieweit ei-
- 3 ne landeseigene Gesellschaft zum Betrieb und zur
- 4 Verwaltung von Altenpflegeheimen gegründet wer-
- 5 den kann.
- 6 Ziel einer solchen Gesellschaft soll es sein,
- 7 1. bezahlbare Pflege für pflegebedürftige Men-
- 8 schen sicherzustellen und die stetig steigen-
- 9 den Eigenanteile für Bewohner*innen von Al-
- 10 tenpflegeheimen wirksam zu begrenzen,
- 11 2. Spekulationen mit Pflegeimmobilien und ren-
- 12 ditegetriebene Geschäftsmodelle im Bereich
- 13 der stationären Altenpflege einzudämmen,
- 14 3. Pflegeheime ohne Gewinn- und Renditeorien-
- 15 tierung zu betreiben und Überschüsse aus-
- 16 schließlich zur Qualitätsverbesserung, Perso-
- 17 nalbindung und Entlastung der Pflegebedürf-
- 18 tigen zu verwenden,
- 19 4. die soziale Verantwortung des Landes im Hin-
- 20 blick auf den demografischen Wandel und den
- 21 steigenden Pflegebedarf noch stärker wahrzu-
- 22 nehmen.

23

24 Begründung

25 Die stationäre Altenpflege steht vor enormen Her-
26 ausforderungen. Der demografische Wandel führt
27 zu einer wachsenden Zahl pflegebedürftiger Men-
28 schen, während die Eigenanteile für Bewohner*in-
29 nen von Pflegeheimen in den vergangenen Jahren
30 stark gestiegen sind. Für viele ältere Menschen und
31 ihre Angehörigen stellt dies eine erhebliche finazi-
32 elle Belastung dar, die häufig bis zur Inanspruchnah-
33 me von Sozialhilfe führt.

34 Gleichzeitig hat sich in den letzten Jahren ein Markt
35 entwickelt, in dem Pflegeheime und einzelne Pflege-
36 plätze zunehmend als Kapitalanlageobjekte gehan-
37 delt werden. Pflegeimmobilien werden von privaten
38 Investor*innen mit Renditeerwartungen erworben,
39 während die daraus resultierenden Kosten mittel-
40 bar auf die Pflegebedürftigen und die Sozialkassen
41 abgewälzt werden. Diese Entwicklung widerspricht
42 dem sozialstaatlichen Auftrag der Daseinsvorsorge.

nicht leistbar/nicht bezahlbar/gehört auf Kreisebe-
ne

43 Pflege ist kein gewöhnliches Wirtschaftsgut. Sie be-
44 trifft die Würde, Lebensqualität und soziale Teilha-
45 be älterer Menschen. Ein renditegetriebenes System
46 steht dabei in einem strukturellen Spannungsver-
47 hältnis zu guter Pflege, fairen Arbeitsbedingungen
48 und bezahlbaren Kosten.

49 Eine landeseigene Gesellschaft zum Betrieb und zur
50 Verwaltung von Altenpflegeheimen könnte:

- 51 • Pflegeplätze zu transparenten und kostende-
52 ckenden Bedingungen anbieten,
- 53 • langfristig stabilisierend auf den Pflegemarkt
54 wirken,
- 55 • als Benchmark für Qualität, Personalstan-
56 dards und Kosten dienen,
- 57 • Kommunen entlasten und neue Spielräume
58 für sozial gerechte Pflegepolitik eröffnen.

59 Die SPD steht historisch und programmatisch für
60 eine starke öffentliche Verantwortung in zentralen
61 Bereichen der Daseinsvorsorge. Angesichts des de-
62 mografischen Wandels ist es notwendig, neue We-
63 ge zu gehen, um Pflege solidarisch, bezahlbar und
64 menschenwürdig zu organisieren.

65 Der Landesparteitag fordert daher die SPD-
66 Landtagsfraktion und die SPD-geführte Landes-
67 regierung auf, die rechtlichen, wirtschaftlichen und
68 organisatorischen Voraussetzungen für eine solche
69 landeseigene Gesellschaft sorgfältig zu prüfen
70 und dem Landtag entsprechende Vorschläge zu
71 unterbreiten.

72

73

74